

Samstag, 29. Mai 2021, Hemmingen

Für Runden Tisch läuft gar nichts rund

Streit im Rat um Lärmschutz an B-3-neu: Grüne ziehen Antrag zurück / Beratung beginnt von vorn

Von Andreas Zimmer

Hemmingen. Die Situation ist verfahren: Die Studie zum Lärmschutz an der B-3-Ortsumgehung wird die Stadt Hemmingen, so ist es geplant, jetzt erst am 8. Juli beauftragen. [Vorgesehen war dies für vergangene Woche im Verwaltungsausschuss.](#) Auch das erste Treffen am Runden Tisch mit Vertretern von Rat, Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen verzögert sich auf einen noch unbestimmten Termin, denn die Ratsfraktionen sind uneins.

Die Sitzung am Donnerstagabend musste für etwa zehn Minuten unterbrochen werden, damit die Verwaltung anhand der Geschäftsordnung des Rates die verworrene Lage entzerren konnte. Denn der Antrag der Grünen zum Runden Tisch hatte bereits den Fach- und den Verwaltungsausschuss durchlaufen. Die SPD-/CDU-Ratskoalition und die DUH wollten darin noch etwas ändern, aber die Grünen zogen nicht mit.

Die Erste Stadträtin Regina Steinhoff erläuterte, es gebe nun nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder werde das Thema vertagt, was der Rat mehrheitlich beschließen müsse, oder die Grünen ziehen ihren Antrag zurück und bringen ihn neu ein, dann aber beginne die Beratung von vorn. Die Grünen entschieden sich für Letzteres.

Gutachter eingeladen

SPD-Fraktionschef Jens Beismann schlug vor, dass sich die vier Fraktionsvorsitzenden kurzfristig treffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Bürgermeister Claus Schacht (SPD) erklärte, dass die Verwaltung weiter am Entwurf für das Leistungsverzeichnis für die Lärmschutzstudie arbeiten werde, das der vertraulich tagende Verwaltungsausschuss nun am 8. Juli beschließen solle. „Wir haben uns schon mit Gutachtern unterhalten und einen in den Verwaltungsausschuss eingeladen.“ Dabei sei deutlich geworden, dass der Auftrag an den Gutachter sehr konkret sein muss. „Man kann nicht einfach sagen, da machen wir jetzt einen Wall hin und dann ist gut.“

Gesprächstermine bei Bedarf

Doch was wird aus dem ursprünglichen Vorhaben, die Bürgerinitiativen zu dem Entwurf zu hören? Schacht erläuterte am Freitag gegenüber dieser Zeitung, die Verwaltung wisse aus vorherigen Gesprächen um die Forderungen der Initiativen und werde diese, soweit möglich, in den Entwurf einarbeiten. Die Initiativen könnten bei Bedarf auch Gesprächstermine mit ihm vereinbaren.

Im Rat wiesen die Grünen darauf hin, dass sie die Änderungsvorschläge von SPD, CDU und DUH erst am Tag der Ratssitzung bekommen hätten. Nach Informationen dieser Zeitung lag der erste Vorschlag bereits am Dienstag vor, eine reduzierte Version am Donnerstag. Ein Vorschlag lautet, so erläuterte es CDU-Fraktionschef Ulf Konze in der Ratssitzung, dass sich der Rat in der nächsten Sitzung am 15. Juli mit dem Runden Tisch befasst. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Grünen „jetzt auf die Bremse treten“. Dass sie den Antrag zurückziehen, sei „unglaublich“.

Auch Vertreter aus Wettbergen?

Die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Ulrike Roth, erläuterte am Freitag in einer Pressemitteilung, die Vorschläge von SPD, CDU und DUH hätten den Antrag der Grünen so „stark verändert, dass das eigentliche Anliegen verloren gegangen wäre“. So säße zum Beispiel die [Initiative aus Wettbergen](#) nicht mit am Runden Tisch. „Der Runde Tisch soll ja gerade dazu dienen, alle Beteiligten zusammenzuführen.“ Sie fügte hinzu: „Da es sich bei dem Runden Tisch nicht um ein formales Beschlussorgan der Stadt handelt, steht einer Beteiligung auch nichts im Wege.“ Konze erläuterte am Freitag: „Es kann doch nicht Aufgabe der Hemminger Politik sein, die Interessen von Einwohnern aus Hannover wahrzunehmen.“

Externe Moderation gefordert

Die Grünen fordern auch, dass in öffentlicher Sitzung im Fachausschuss deutlich werden müsse, welche Empfehlung vom Runden Tisch kommt und ob sie oder warum sie nicht weiter berücksichtigt wird. Roth machte deutlich: „Nach alledem bleibt festzustellen, dass wir Grünen uns dafür einsetzen werden, dass die Moderation des Runden Tisches extern vergeben werden soll.“ Dies hatte bereits Bürgermeister Schacht gefordert.